

Der Gegendarstellungsanspruch

Presse, Film, Funk, Fernsehen und Internet

Bearbeitet von
Dr. Walter Seitz, Dr. German Schmidt

5., völlig neubearbeitete Auflage 2017. Buch. XXX, 458 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 69102 7

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 790 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Urheberrecht, Medienrecht > Medienrecht,
Presserecht, Rundfunkrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 33



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
Der Gegendarstellungs-
anspruch

von

Prof. Dr. Walter Seitz

Vors. Richter am Oberlandesgericht München a. D.

Mitautor von der 1. bis einschließlich der 3. Auflage:

Dr. German Schmidt

Rechtsanwalt in Berg/Starnberger See

5., völlig neubearbeitete Auflage 2017





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitierweise: Seitz, Gegendarstellungsanspruch, 5. Aufl.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69102 7

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Diese fünfte Auflage behandelt natürlich – trotz der Kürzung des Hauptitels – den Gegendarstellungsanspruch in allen Medien. Die Gegendarstellung in Printmedien steht in der Praxis etwas mehr im Vordergrund. Ein zentrales Buch zum Gegendarstellungsanspruch muss aber auch den Rundfunk (Hörfunk, Fernsehen) und das Internet (Telemedien) voll einbeziehen.

Die Neuauflage bringt das Buch auf den Stand September 2016. Es enthält über 1000 neue Zitate (Rechtsprechung und Literatur). Anders beschrieben: Es sind über 200 Entscheidungen und über 100 Literaturbeiträge, die ich neu in die 5. Auflage eingearbeitet habe. Verstärkt habe ich die weiterführenden Verweise auf die anderen Ansprüche des Äußerungsrechts, so dass man die ersten Ansatzpunkte auch für die anderen möglichen Bereiche des Äußerungsrechts über das vorliegende Handbuch gut finden kann.

Die aktuellen Brennpunkte des Gegendarstellungsrechts habe ich besonders vertieft. Es können hier aber nur wenige angedeutet werden. Etwa die Frage, welches Recht bei Regionalausgaben von bundesweit vertriebenen Zeitungen anzuwenden ist; ob eine Gegendarstellung durch Telefax oder Computerfax wirksam geltend gemacht werden kann; wie Blankounterschriften zu behandeln sind; welche Frist für die gerichtliche Geltendmachung einer zuvor beim Medium eingereichten Gegendarstellung im Bereich der Unverzögerlichkeitsregelung besteht. Vertieft habe ich die Abgrenzung zwischen den einzelnen Medien wegen der vermehrten Konvergenz: Welches Recht gilt für ein Vorgehen gegen Äußerungen, die in einem Printmedium, in dessen Online-Ausgabe und der entsprechenden E-Paper-Ausgabe verbreitet wurden? Welches Recht gilt für Sendungen, die im Fernsehen und gleichzeitig per Video-Livestream im Internet ausgestrahlt und dann in die entsprechende Mediathek zum beliebigen Abruf bereit gestellt wurden? Vertieft habe ich die Kommentierung des zum Teil angewendeten Alles-oder-Nichts-Prinzips und dem daraus folgenden Dilemma mit bis zu zwei Dutzend Hilfsanträgen (in einem der führenden Handbücher zum Presserecht ist sogar von 29 Hilfsanträgen die Rede). Die Lösung über die Münchner Schere scheint mir verfassungsrechtlich angemessen zu sein. Erneut betone ich, dass über bei Gericht eingereichte Gegendarstellungsanträge mündlich verhandelt werden sollte. Und schließlich wird auch das Problem von Aufmacherfragen auf dem Titelblatt einer Zeitung oder Zeitschrift auf der Grundlage der vorliegenden ersten Entscheidung des BVerfG hierzu vertieft erörtert. Eine zweite Entscheidung des BVerfG hierzu wird erwartet.

Für jeden Nutzer hilfreich sind die in die Buchtexte eingebrachten Checklisten. Eine Gesamt-Checkliste für den ersten Einstieg ist im Anhang enthalten. Der Anhang umfasst weiter Muster für Anträge und Entscheidungen. Die Gesetzestexte im letzten Anhang sind auf den neuesten Stand gebracht.

Über Anregungen, aber auch neue, nicht veröffentlichte Entscheidungen (am besten über den Verlag, der zuverlässig weiterleitet) freue ich mich sehr. Ein großer Dank gilt dem Beck-Verlag, der mich bei der Arbeit ständig und sehr unterstützt hat. Ein weiterer Dank geht an den Pressesenat des Oberlandesgerichts München, dessen Vorsitzender ich neun Jahre war, und mit dessen Mitgliedern ich immer noch sehr gewinnbringend diskutieren kann. Und ich bedanke mich auch hier wieder bei Dr. German Schmidt, der bis einschließlich der 3. Auflage umfassend und sachlich hervorragend mitgewirkt hat.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literatur und Literaturabkürzungsverzeichnis	XXVII
1. Kapitel. Grundlagen	1
I. Gesetzliche Regelungen der Materie Gegendarstellung	1
II. Die Gegendarstellung im System der presserechtlichen Ansprüche	5
III. Grundsätzliches zur Ausgangslage der Beteiligten	8
IV. Besonderheiten der einzelnen Medien in Bezug auf den Gegendarstellungsanspruch ..	10
2. Kapitel. Gegendarstellung und Kino-Film	13
3. Kapitel. Anwendbares Recht	15
I. Interlokales Privatrecht	15
II. Internationales Privatrecht	18
4. Kapitel. Parteien des Gegendarstellungsanspruchs	21
I. Presse	21
II. Rundfunk	31
III. Internet	35
IV. Keine Abtretung, keine Vererbung	37
5. Kapitel. Tatbestandsmerkmale des Gegendarstellungsanspruchs	39
I. Anspruchsgrundlagen	39
II. Veröffentlichungsverlangen	43
III. Bestimmtes Druckwerk, bestimmte Sendung, bestimmtes Angebot	64
IV. Anknüpfungspunkt: Tatsachenbehauptung	70
V. Formelle Voraussetzungen der Gegendarstellung	70
VI. Inhaltliche Voraussetzungen	83
VII. Berechtigtes Interesse	101
VIII. Parlaments- und Gerichtsberichte	113
IX. Sonstiger Ausschlussgrund	116
X. Anzeigen	117
XI. Gegendarstellung gegen Gegendarstellung	118
XII. Kostenvorschuss	119
XIII. Erfüllungseinwand	119
XIV. Unzulässigkeit eines Teils der Gegendarstellung	120
XV. Einwendungsbeschränkungen	120
XVI. Internetäußerungen	121
6. Kapitel. Tatsachenbehauptung/Werturteil	127
I. Grundsätzliches	131
II. Zu würdigende Aspekte (Zusammenfassung)	161
III. Einzelfälle	162
IV. Beispiele für Meinungsäußerungen/Werturteile	189
7. Kapitel. Inhalt und Umfang des Gegendarstellungsanspruchs – Anforderungen an die Erfüllung der Veröffentlichungspflicht	193
I. Presse	193
II. Rundfunk	209
III. Internetäußerungen	216
IV. Wirkung einer Veröffentlichung aufgrund drohender Zwangsvollstreckung	219
8. Kapitel. Stellung der Beteiligten untereinander und zu Dritten	221
I. Pflichten bei Ablehnung der verlangten Gegendarstellung	221

VIII	<i>Inhaltsübersicht</i>	
	II. Möglichkeiten des Betroffenen bei Weigerung des Anspruchsgegners trotz bestehenden Anspruchs	226
	III. Möglichkeiten des Anspruchsgegners bei Veröffentlichung einer Gegendarstellung ohne bestehendem Anspruch	231
	IV. Ansprüche der Beteiligten gegenüber Dritten und umgekehrt	232
	V. Rechtsanwaltskosten	234
	VI. Der Einfluss der Gegendarstellung auf andere presserechtliche Ansprüche	238
9.	Kapitel. Prozessvoraussetzungen	243
	I. Vorbemerkung: Zulässigkeit landesgesetzlicher Regelungen	243
	II. Im Einzelnen	244
10.	Kapitel. Gerichtliches Verfahren	281
11.	Kapitel. Gerichtliche Entscheidung	305
12.	Kapitel. Änderungen der Gegendarstellung im Rechtsstreit	319
13.	Kapitel. Rechtsbehelfe	351
14.	Kapitel. Zwangsvollstreckung und Folgen	367
	I. Zwangsvollstreckung bei Titulierung des Anspruchs	367
	II. Vollstreckungsschutz	375
	III. Einwand der sittenwidrigen Schädigung bei Titelmehrheit	378
	IV. Schadensersatzanspruch gemäß § 945 ZPO	378
	V. Andere Schadensersatzansprüche nach Erwirken einer unwahren Gegendarstellung	379
15.	Kapitel. Ausländisches und internationales Gegendarstellungsrecht	381
	I. Gegendarstellungssysteme	381
	II. Das Gegendarstellungsrecht einiger unserer Nachbarländer	382
	III. Europäisches Gegendarstellungsrecht	386
	IV. Internationales Gegendarstellungsrecht	387
	Anhang I Checkliste	389
	Anhang II Gesamtliste Brennpunkte	391
	Anhang III Gesamtliste Praxistipps	393
	Anhang IV Muster	395
	Anhang V Gesetzestexte	401
	A. Reichspressegesetz v. 7.5.1874	401
	B. Bund	401
	C. Staatsverträge	403
	D. Länderregelungen	411
	E. Europa	437
	F. Modellentwurf für ein Landespressegesetz	438
	Sachregister	439

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Grundlagen	1
I. Gesetzliche Regelungen der Materie Gegendarstellung	1
1. Presse	2
2. Rundfunk	2
a) Die Gegendarstellung beim öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk ..	3
b) Die Gegendarstellung außerhalb des öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks	4
3. Film	4
4. Internet	4
II. Die Gegendarstellung im System der presserechtlichen Ansprüche	5
1. Rechtsnatur und Aufgabe der Gegendarstellung	5
2. Verhältnis zu anderen presserechtlichen Ansprüchen	6
III. Grundsätzliches zur Ausgangslage der Beteiligten	8
1. Gegendarstellung oder Unterlassungsanspruch	8
2. Gegendarstellung	8
a) Vorgehensweise des Betroffenen	8
b) Verhalten des Anspruchsgegners	9
IV. Besonderheiten der einzelnen Medien in Bezug auf den Gegendarstellungsanspruch	10
1. Presse	10
2. Rundfunk	10
3. Film	10
4. Internet	11
2. Kapitel. Gegendarstellung und Kino-Film	13
3. Kapitel. Anwendbares Recht	15
I. Interlokales Privatrecht	15
1. Presse	15
2. Rundfunk und Internet	17
II. Internationales Privatrecht	18
1. Herkömmliche Medien	18
2. Internet	19
4. Kapitel. Parteien des Gegendarstellungsanspruchs	21
I. Presse	21
1. Anspruchsberechtigte	21
a) Person oder Stelle/Behörde	21
b) „Betroffensein“	22
c) Unmittelbares Betroffensein	24
d) Mehrere Betroffene	26
e) Darlegungslast	27
f) Betroffensein und Rechtsfähigkeit	27
g) Betroffensein und Unterzeichnung der Gegendarstellung	28
h) Betroffensein und Klagemöglichkeit	28
2. Anspruchsverpflichtete	28
a) Begriffsbestimmungen	28
b) „Stellungstheorie“	30

X

c) Maßgeblicher Zeitpunkt	30
d) Periodisches Druckwerk	31
II. Rundfunk	31
1. Anspruchsberechtigte	31
a) Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	31
b) Privater Rundfunk	31
c) Betroffensein	31
d) Person oder Stelle	32
e) Partielle Rechts- und Parteifähigkeit	32
f) Zeichnungsberechtigung	32
g) Gerichtliches Vorgehen	32
2. Anspruchsverpflichtete	32
a) Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	32
b) Privater Rundfunk	33
c) Internetrundfunk	33
d) Im Einzelnen	33
III. Internet	35
1. Anspruchsgrundlagen	35
2. Anspruchsberechtigte	35
3. Anspruchsverpflichtete	35
a) Grundsätzliche Ausgangslage	35
b) Passivlegitimation im Internetbereich	36
c) Passivlegitimation von Access-Providern?	36
d) Vorfilter- oder Integrationsmodell	37
IV. Keine Abtretung, keine Vererbung	37
5. Kapitel. Tatbestandsmerkmale des Gegendarstellungsanspruchs	39
I. Anspruchsgrundlagen	39
1. Gesetzliche Anspruchsgrundlagen	39
a) Unterscheidungen	39
b) Printmedien	40
c) Rundfunk	40
d) Telemedien	41
2. Vertragliche Grundlage	42
3. Keine Anzeigenaktion anstelle einer Gegendarstellung	43
4. Die Voraussetzungen des Gegendarstellungsanspruchs allgemein	43
II. Veröffentlichungsverlangen	43
Vorbemerkung	43
1. Verlangen als Voraussetzung	44
a) Grundsätzliches	44
b) Fälligkeit	45
c) Veröffentlichungsverlangen – Gegendarstellung	45
d) Wiederholung des Veröffentlichungsverlangens	46
2. Wer kann verlangen	46
a) Grundsätzliches	46
b) Vertretung einer Person	46
c) Vertretung einer Behörde	47
d) Gesetzliche Vertretung	47
e) Gewillkürte Stellvertretung	47
3. Adressat	48
a) Grundsätzliches	48
b) Adressierung	48
c) Sonderfälle	49
d) Zugang	49
4. Form	49
5. Frist	50
a) Gesetzliche Regelung	50

b) Ratio legis	50
c) Unverzüglichkeit – Fristbeginn	51
d) Unverzüglichkeit – Maßstab	52
e) Weitere Beispiele zur Frage des „schuldhaften Zögerns“	55
f) Fristwahrung	56
g) Druckreife Gegendarstellung	57
h) Ausschlussfristen	58
i) Aktualitätsgrenze (BayPresseG)	58
k) Gerichtliche Geltendmachung	60
6. Identität der verlangten und übersandten mit der später gerichtlich geltend gemachten Gegendarstellung	62
7. Zeitliche Differenz zwischen Verlangen und Übersendung der Gegendarstellung	62
8. Fristsetzung im Veröffentlichungsverlangen	63
9. Detailforderungen im Veröffentlichungsverlangen	64
III. Bestimmtes Druckwerk, bestimmte Sendung, bestimmtes Angebot	64
1. Rundfunk	64
2. Presse	64
a) Periodisches Druckwerk	64
b) Nebenausgaben, Beilagen, etc.	65
3. Internet	66
a) Anwendungsbereich von § 56 RStV	66
b) Überschneidungen mit konvergierendem Landesrecht	69
IV. Anknüpfungspunkt: Tatsachenbehauptung	70
V. Formelle Voraussetzungen der Gegendarstellung	70
1. Druckreife Gegendarstellung	70
2. Sprache	70
3. Schriftlichkeit / Schriftform	71
a) Vorbemerkung	71
b) Schriftform oder Schriftlichkeit	71
c) Wahrung der Schriftform	72
4. Übermittlung der Gegendarstellung durch Tele- oder Computerfax	72
a) Vertretene Ansichten	73
b) Moderne Kommunikation	73
c) Lösungsvorschläge	74
5. Unterzeichnung	75
a) Eigenhändigkeit	76
b) Platzierung der Unterschrift	76
c) Namensunterschrift	77
d) Blankounterschrift	77
e) Beglaubigung	78
6. Zeichnungsberechtigung	78
a) Grundsätzliches	78
b) Personengruppen, Gesellschaften, Vereine	78
c) Stellen und Behörden usw.	79
7. Gewillkürte Vertretung bei der Unterschrift	80
a) Unzulässigkeit gewillkürter Stellvertretung	80
b) Unterzeichnung für nicht rechtsfähige Personengemeinschaften/Stellen/ Behörden	81
c) Zeichnungsbefugnis – Rechts- und Parteifähigkeit	82
d) Änderungen der Gegendarstellung durch gewillkürten Vertreter	82
8. Mehrheit von Betroffenen/Unterzeichnern	83
VI. Inhaltliche Voraussetzungen	83
1. Stellenbezeichnung	84
2. Wiedergabe der Erstmitteilung	84
a) Grundsätze	84
b) Konkrete Fassung zu empfehlen	85

c) Mehrdeutige Erstmitteilung	85
d) Zitat	85
e) Eindruck	86
f) Text / Bild	86
g) Ergänzende Mitteilung	86
3. Tatsachenbehauptung gegen Tatsachenbehauptung	86
a) Abgrenzung Tatsachenbehauptung – Meinungsäußerung/Werturteil	87
b) „Präsentation“ der Behauptung	87
4. Die Entgegnung	88
a) Ich-Form / Bezeichnung des Betroffenen	88
b) „Gegendarstellen“	88
c) Entgegnung	90
d) Ergänzung der Erstmitteilung	91
e) Fälle unzulässiger Entgegnung	92
f) Zitat	93
5. Umfang der Gegendarstellung	94
a) Gesetzliche Regelungen	94
b) Entgegnung im engeren Sinn	95
c) Maßstab	95
d) Konzentrierte Widerlegung der Erstmitteilung	95
e) Zurückweisung wegen Überlänge	96
f) Kostenpflicht	96
6. Kein strafbarer Inhalt, kein Eingriff in Persönlichkeitsrecht eines Dritten	97
a) Strafbarer Inhalt	97
b) Straftatbestand	97
c) Adressat der Handlung	98
d) Verstoß gegen zivilrechtliche Gebote oder Verbote	98
e) Persönlichkeitsrecht eines Dritten	98
f) S-A. MedienG	98
7. Wahrheitsprüfung	99
a) Wahrheit der Erstmitteilung	99
b) Wahrheit der Entgegnung	100
c) Offenkundige Unwahrheit der Gegendarstellung	100
VII. Berechtigtes Interesse	101
1. Grundsätzliches	101
2. Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast	101
3. Leserbrief/Interviewangebot	102
4. Fälle fehlenden berechtigten Interesses	102
a) Ausreichend zu Wort gekommen	102
b) Belanglosigkeit der Erstmitteilung oder der Entgegnung	103
c) Widersprüchliche Gegendarstellung	104
d) Offensichtliche Unwahrheit der Gegendarstellung	104
e) Irreführende Entgegnung	107
f) Einwilligung	109
g) Mehrfache Entgegnung	109
h) Mehrere Betroffene/getrennte Gegendarstellung	110
i) Richtigstellung durch das Medium selbst	110
k) Verweigerte Stellungnahme durch Betroffenen	111
l) Aktualitätsgrenze	111
m) Entstellende Wiedergabe der Erstmitteilung	112
n) Selbstdarstellung/Reklame	112
o) Beeinträchtigung Dritter	112
p) Strafbarer Inhalt	112
q) „Erforderlichkeit“ der Gegendarstellung	113
5. Anderweitige Möglichkeit der Entgegnung	113
6. Abgrenzung zur Verwirkung	113
VIII. Parlaments- und Gerichtsberichte	113
1. Grundsätzliches	114

2. Institutionen	114
3. Bericht	114
4. Öffentliche Sitzungen	115
5. „Wahrheitsgetreu“	115
6. Wahrheitsermittlung	116
IX. Sonstiger Ausschlussgrund	116
1. Besondere Veröffentlichungen	116
2. Behördengendarstellungen in Berlin	117
X. Anzeigen	117
1. Geschäftliche Anzeigen	117
2. Anzeigen nicht geschäftlichen Inhalts	118
XI. Gegendarstellung gegen Gegendarstellung	118
1. Rechtliche Grundlagen	118
a) Grundsätzliches	118
b) Ausnahmen	118
2. Beeinträchtigung eines Dritten	118
XII. Kostenvorschuss	119
XIII. Erfüllungseinwand	119
1. Korrekte Veröffentlichung	119
2. Veröffentlichung aufgrund drohender Zwangsvollstreckung	119
XIV. Unzulässigkeit eines Teils der Gegendarstellung	120
1. Grundsatz: „Alles-oder-Nichts“	120
2. Geringfügige Mängel	120
3. Kostenfragen	120
4. Änderung im gerichtlichen Verfahren	120
XV. Einwendungsbeschränkungen	120
XVI. Internetäußerungen	121
1. Allgemeines	121
2. Besonderheiten der gesetzlichen Regelung	122
a) Inhaltliche Anforderungen	122
b) Fristen nach § 56 RStV	122
c) Paralleläußerungen in verschiedenen Medien	123
d) Ausschlussstatbestände nach § 56 RStV	124
6. Kapitel. Tatsachenbehauptung/Werturteil	127
I. Grundsätzliches	131
1. Überblick	131
2. Die wesentlichen Aspekte des Begriffs Tatsachenbehauptung	133
3. Begriff der Tatsache	134
4. Aufgestellte oder verbreitete Behauptung	135
a) Öffentlichkeit	135
b) Nicht nur eigene Behauptung sondern auch Drittäußerungen	135
c) Gegendarstellung bei verdeckten Behauptungen	136
d) Keine Eindrucksgegendarstellung?	138
e) Verdachtsäußerungen, Gerüchte, Spekulationen, Vermutungen	139
f) Verschweigen	140
g) Gegendarstellungsglosse	141
5. Feststellung des Inhalts der Äußerung	141
a) Interpretation	141
b) Empfängerhorizont	142
c) Kontext	144
d) Mehrdeutige Äußerungen	145
e) Beispiele für eine Interpretation	146
f) Bedeutung der konkreten Formulierung	147

6. Merkmale und Aspekte des Tatsachenbegriffs	147
a) Beweiszugänglichkeitsaspekt	147
b) Klärbarkeitsaspekt	148
c) Geschichtlichkeitsaspekt	148
d) Beziehungsformel	149
e) Kombinationen	150
7. Höchstrichterliche Rechtsprechung (Beispiele)	150
8. Andere Hilfen	151
a) Prägungsaspekt	151
b) Verständnis des Empfängers	152
c) Sinn und Zweck der Beschränkung auf Tatsachenbehauptungen	153
d) Parallelregelungen	154
e) Zweifelsregeln	154
f) Trennbarkeit	155
g) Auffassungsursache	156
h) Kern der Behauptung	157
i) Meinungsumfrage	159
9. Äußerungen im politischen Meinungskampf	159
II. Zu würdigende Aspekte (Zusammenfassung)	161
III. Einzelfälle	162
1. Aufrufe	162
2. Autocomplete	162
3. Bericht über eine Äußerung	163
4. Beziehungsbehauptungen	163
5. Bild, Foto, Skizze	164
6. Deskriptive Äußerungen	165
7. Fiktion, Semi-Fiktion	166
8. Fragen	166
9. Hypothesen	168
10. Innere Tatsachen	169
a) Grundsätzliche Überlegungen	169
b) Rechtliche Ansatzpunkte	169
c) Interpretation der Äußerung als Grundlage	170
d) Beispiele für Einordnung als Tatsachenbehauptung	170
e) Beispiele für Meinungsäußerungen/Werturteile	171
11. Karikatur, Satire	172
12. Kunst	172
13. Leistungsbewertungen	173
14. Metapher	173
15. Nonsens	174
16. Objektiv bestimmte Äußerungen	174
17. Rechtsbegriffe	174
18. Sachurteil	177
19. Sachverständigengutachten	179
20. Sammelbehauptung	180
21. Schlussfolgerungen	180
22. Science Fiction	182
23. Snippets	182
24. Tweets	183
25. Überschrift	183
26. Ursachenbehauptung	184
27. Vergleich von Sachverhalten	185
28. Vorgänge, Zustände	186
29. Vorwürfe	186
30. Werturteile ohne tatsächliche Begründung	186
31. Wissenschaftliche Äußerungen	188
32. Zukünftige und prähistorische Ereignisse, Prognosen	188

IV. Beispiele für Meinungsäußerungen/Werturteile	189
1. Beispiele BVerfG	189
2. Beispiele BGH	190
3. Beispiele Oberlandesgerichte	191
4. Schlagworte	191
5. Sonderfälle	192
7. Kapitel. Inhalt und Umfang des Gegendarstellungsanspruchs – Anforderungen an die Erfüllung der Veröffentlichungspflicht	193
I. Presse	193
1. Nächstfolgende Ausgabe	193
2. Überlegungsfrist	194
3. Gleicher Teil des Druckwerks	195
4. Leserbrief	196
5. Inhaltsverzeichnis	197
6. Titelseite	197
a) Grundsätzliches:	197
b) Zeitschrift/Zeitung	198
c) Im einzelnen	198
7. Gleiche Schrift/gleiche Aufmachung	200
8. Gegenüberschrift	201
9. Überschrift „Gegendarstellung“	202
10. Gegenfoto	203
11. Ohne Einschaltungen und Weglassungen	203
12. Kennzeichnung des Betroffenen	204
13. Sprache	205
14. Glossierung/redaktionelle Anmerkung	205
15. Kosten des Abdrucks	207
16. Abdruck und Verbreitung der Gegendarstellung	207
a) Grundsätze	207
b) Teile der Auflage, Regionalausgaben	208
c) Beilagen	208
d) Auflagenschwankungen	208
17. Folgen eines nicht ordnungsgemäßen Abdrucks	208
18. Kein Anspruch auf Belegexemplar	209
II. Rundfunk	209
1. Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk	209
2. Abrufdienste	210
3. Unverzüglichkeit der Veröffentlichung	210
4. Gleiche/gleichwertige Sendezeit	211
5. Gleicher/gleichwertiger Sendebereich	211
6. Platzierung innerhalb des Programms	212
7. Gestaltung der Gegendarstellung/Aufmachung	212
8. Gegenfilm	213
9. Mitwirkungspflicht des Rundfunks	214
10. Sprache	214
11. Ohne Einschaltungen und Weglassungen	214
12. Kein Interview statt Gegendarstellung	214
13. Redaktionelle Anmerkungen	214
14. Umfang der Verbreitung	215
15. Kosten	216
16. Bayerisches Mediengesetz/Intendantenbefugnis	216
III. Internetäußerungen	216
1. Frist und Ort für die Veröffentlichung	216
2. Verknüpfung	217
3. „Aufmachung“ der Gegendarstellung in der Veröffentlichung	217
4. Keine Einschaltungen oder Weglassungen	218
5. Kostenfreiheit	218

6. Glossierung	218
7. Dauer der Aufnahme der Gegendarstellung	218
IV. Wirkung einer Veröffentlichung aufgrund drohender Zwangsvollstreckung	219
8. Kapitel. Stellung der Beteiligten untereinander und zu Dritten	221
I. Pflichten bei Ablehnung der verlangten Gegendarstellung	221
1. Presse	221
a) Verbescheidung des Anspruchstellers	222
b) Folgen mangelhafter Verbescheidung	223
c) Mitwirkungspflicht des Anspruchsgegners	224
2. Rundfunk	224
a) Verbescheidung des Anspruchstellers	224
b) Mitwirkungspflicht der Rundfunkanstalt	225
c) Auskunftspflicht	225
3. Internet	226
II. Möglichkeiten des Betroffenen bei Weigerung des Anspruchsgegners trotz bestehenden Anspruchs	226
1. Gerichtliche Durchsetzung	226
2. Keine Anzeigenaktion statt Gegendarstellung	227
3. Anspruch auf Widerruf und Löschung	227
4. Anspruch auf Schadensersatz	228
5. Mehrheit von Anspruchsgegnern	229
6. Bußgeldsanktion	230
7. Presserat	231
III. Möglichkeiten des Anspruchsgegners bei Veröffentlichung einer Gegendarstellung ohne bestehendem Anspruch	231
IV. Ansprüche der Beteiligten gegenüber Dritten und umgekehrt	232
1. Gegendarstellungen im Anzeigenbereich	232
a) Etwaige Ansprüche des Betroffenen gegen den Inserenten	232
b) Anspruchsverpflichteter gegen einen Inserenten	233
2. Die Verletzung der Rechte Dritter durch Veröffentlichung der Gegendarstellung	233
V. Rechtsanwaltskosten	234
1. Kosten des Betroffenen	234
a) Außergerichtliche Phase	234
b) Gerichtsverfahren	237
2. Kosten des Antragsgegners	238
a) Außergerichtliche Kosten	238
b) Schutzschrift	238
VI. Der Einfluss der Gegendarstellung auf andere presserechtliche Ansprüche	238
1. Gegendarstellung und Schadensersatzansprüche	239
a) Grundlagen	239
b) Schadensminderung durch Gegendarstellung	239
c) Außergerichtliche Kosten	241
d) Richterliche Befangenheit und Gegendarstellung	241
2. Gegendarstellung und Anspruch auf Berichtigung/Widerruf/Löschung	241
a) Grundlagen	241
b) Schadensminderung durch Gegendarstellung	241
c) Außergerichtliche Kosten	242
d) Lösungsanspruch und Gegendarstellung	242
3. Gegendarstellung und Haftung für Drittäußerungen	242

9. Kapitel. Prozessvoraussetzungen	243
I. Vorbemerkung: Zulässigkeit landesgesetzlicher Regelungen	243
II. Im Einzelnen	244
1. Ordnungsmäßigkeit der Erhebung von Antrag oder Klage	244
a) Allgemeine Darstellung	244
b) Besonderheiten bei Anwaltszwang	245
c) Einzelheiten zur Frage des Antrags	245
2. Wirksamkeit der Antragstellung oder Klageerhebung	246
3. Örtliche Zuständigkeit	247
a) Allgemeiner Gerichtsstand	247
b) Gerichtsstand der Niederlassung	248
c) Gerichtsstand des Erfüllungsorts	250
d) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	250
e) Mehrheit von Antragsgegnern	251
4. Sachliche Zuständigkeit	252
a) Grundsätze der sachlichen Zuständigkeit	252
b) Streitwert als Grundlage	252
c) Gericht der belegenden Sache	252
d) Gerichtsstandsvereinbarungen	253
5. Internationale Zuständigkeit	253
a) Grundsätze der internationalen Zuständigkeit	253
b) Europäische Union	254
6. Zivilrechtsweg	255
a) Allgemeine Grundsätze	255
b) Rundfunk	255
7. Deutsche Gerichtsbarkeit	255
8. Existenz der Parteien	256
9. Parteifähigkeit	256
a) Grundsätzliches	256
b) Einzelne Personen und Gebilde (alphabetisch):	257
10. Prozessfähigkeit und gesetzliche Vertretung Prozessunfähiger	261
11. Prozessführungsbefugnis	261
a) Aktive Prozessführungsbefugnis	262
b) Post mortem	263
c) Passive Prozessführungsbefugnis	263
12. Keine entgegenstehende Rechtskraft	264
13. Keine anderweitige Rechtshängigkeit	264
14. Rechtsschutzbedürfnis	265
a) Grundsätzliches	265
b) Rechtsschutzkonkurrenzen	265
c) Außergerichtliche Möglichkeiten	266
d) Fehlende Schutzwürdigkeit	266
e) Einzelfälle	267
14a. Güteverfahren/Konfliktbeilegung	268
15. Zulässige Verfahrensart: Einstweilige Verfügung oder Hauptsacheklage?	269
a) Gesetzliche Regelungen	269
b) Erörterung der Problemfälle	270
c) Ergebnis	271
16. Verfügungsgrund	272
a) Gesetzliche Regelungen	272
b) Erörterung von Problemfällen	273
c) Einhaltung von Fristen	274
d) Fehlen des Verfügungsgrundes	275
17. Glaubhaftmachung	275
18. Veröffentlichungsverlangen als Prozessvoraussetzung?	276
19. Klage auf künftige Leistung	277
20. Negative Feststellungsklage	278
21. Positive Feststellungsklage	279

22. Fehlende Ausländersicherheit	279
23. Verwaltungsverfahren	279
10. Kapitel. Gerichtliches Verfahren	281
1. Prozessvorbereitung	281
2. Schutzschrift	282
3. Streitgegenstand	282
a) Vertretene Auffassungen	282
b) Diskussion	283
4. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeit	284
5. Streitwert	285
a) Festsetzung des Streitwerts	285
b) Rechtliche Ansatzpunkte für die Bemessung	285
c) Bemessungskriterien	285
d) Beispiele aus der Praxis	287
e) Sonderfälle	287
f) Kostenrisiko	288
6. Objektive Klagenhäufung	288
7. Subjektive Klagenhäufung (Streitgenossenschaft)	289
a) Vertretene Auffassungen	289
b) Eigene Stellungnahme	289
c) Rechtliche Bedeutung dieser Einordnung	289
d) Fall einer notwendigen Streitgenossenschaft	289
8. Einzelrichter	290
9. Mündliche Verhandlung trotz § 937 Abs. 2 ZPO	291
a) Regelfall mündliche Verhandlung?	291
b) Zwingende Fälle der mündlichen Verhandlung	291
c) Die Bedeutung der mündlichen Verhandlung	292
d) Empfehlungen	292
10. Gerichtliche Hinweispflichten	293
a) Grundsätze	293
b) Inhalt der Hinweispflichten	293
c) Einzelfälle	294
11. Keine Beweiserhebung über die Wahrheit	295
a) Wahrheit prozessual ohne Bedeutung	295
b) Parlaments- und Gerichtsberichte	295
12. Objektive Klageänderung	296
13. Subjektive Klageänderung	296
14. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	297
15. Prozessvergleich	298
a) Inhalt eines Vergleichs	298
b) Rechtliche Qualifizierung als Vergleich	298
c) Gerichtliche Vergleichstaktik	298
16. Anerkenntnis	299
17. Rücknahme des Antrags oder der Klage	299
18. Verzicht	300
19. Verweisung des Rechtsstreits bei Unzuständigkeit	300
20. Säumnis	300
21. Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens	300
22. Vertagung	301
23. Erledigung der Hauptsache	301
a) Grundlagen	301
b) Erledigung bei Veröffentlichung aufgrund drohender Zwangsvollstreckung	303
11. Kapitel. Gerichtliche Entscheidung	305
1. Beweis- und Glaubhaftmachungslast	305
a) Grundsätzliche Verteilung der Beweis- und Glaubhaftmachungslast	305
b) Einzelheiten	305
2. Art der Entscheidung	306

3. Sachliches Ergebnis der Entscheidung	506
4. Rubrum	307
5. Tenor des zusprechenden Urteils	307
a) Allgemeines zum Inhalt des Tenors	307
b) Besondere Anordnungen	308
c) Sonderfall Kostenersatz	308
d) Fehler des Tenors	308
6. Sachverhalt/Tatbestand	309
7. Gründe/Entscheidungsgründe	309
8. Kostenentscheidung	310
8a. Rechtsbehelfsbelehrung	311
9. Insbesondere § 93 ZPO bei Anerkenntnis	311
a) Grundsätze des § 93 ZPO	311
b) Sofortiges Anerkenntnis	311
c) Anlass zur Klageerhebung	312
d) Kosteninteresse des Mediums	315
e) Rechtsbehelf gegen eine Kostenentscheidung	315
10. Vorläufige Vollstreckbarkeit	315
11. Zwangsmittelandrohung	316
12. Streitwertfestsetzung	316
13. Zustellung/Vollziehung	317
12. Kapitel. Änderungen der Gegendarstellung im Rechtsstreit	319
1. Ausgangslage zur Frage von Änderungen im Verfahren	321
2. Strukturen	321
3. Grundlagen und Vorgaben	323
a) Verhaltener Anspruch	323
b) Streitgegenstand	323
c) Höchstpersönlichkeit	323
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	324
e) Keine Begründungspflicht für den Verpflichteten	324
f) Mitwirkungspflicht des Gerichts	325
g) Bündelungstheorie	325
4. Vertretene Auffassungen	326
a) Rechtsprechung	326
b) Literatur	328
5. Grundsätzliches zur hier vertretenen Auffassung zur Änderung im Verfahren	328
6. Änderung der Veröffentlichungsmodalitäten zur Gegendarstellung	329
7. Änderungen der Gegendarstellung durch den Verpflichteten	330
8. Änderungen der Gegendarstellung durch den Betroffenen	331
a) Korrekturen der Gegendarstellung	331
b) Selbstständige Kürzungen der Gegendarstellung durch den Verfügungskläger	332
c) Unselbstständige Kürzungen der Gegendarstellung durch den Verfügungskläger	335
d) Inhaltliche Änderungen der Gegendarstellung durch den Verfügungskläger	336
e) Hilfsanträge	340
9. Änderungen durch das Gericht	341
a) Vertretene Auffassungen	341
b) Blick auf Sonderregelungen	342
c) Grundsätzliches zur Ausgangslage im Übrigen	342
d) Korrekturen als zulässige Änderungen	343
e) Zulässigkeit selbstständiger Kürzungen durch das Gericht	344
f) Unzulässigkeit einer Teilabweisung in den anderen Fällen	346
g) Rechtliches Gehör	346
10. Hinweispflichten des Gerichts	347
a) Grundsätzliches zu den Hinweispflichten	347
b) Anspruch auf Vertagung	347
c) Besonderheiten der zweiten Instanz	347

11. Folgen einer Änderung, v. a. Kostenentscheidung	347
12. Zusammenfassung	349
13. Saarländische Regelung	349
14. Internet	349
13. Kapitel. Rechtsbehelfe	351
1. Berufung	351
a) Anzuwendende Normen	351
b) Vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung	351
c) Berufungsanträge	352
d) Einzelfragen	353
2. Revision	354
3. Widerspruch gegen einstweilige Verfügung	355
4. Sofortige Beschwerde	355
5. Rechtsbeschwerde	357
6. Aufhebungsantrag wegen Versäumung der Vollziehungsfrist	357
a) Einführung in das Problem	357
b) Beginn der Frist	357
c) Notwendigkeit erneuter Vollziehung	358
d) Ablauf der Frist	358
e) Unterbrechung des Fristenlaufs und Entbehrlichkeit der Vollziehung	359
f) Wahrung der Frist	359
g) Folge der Versäumung	362
7. Aufhebung wegen veränderter Umstände (§ 927 ZPO)	363
8. Anordnung der Klageerhebung (§ 926 ZPO)	363
9. Anwaltszwang im Rechtsbehelfsverfahren	364
10. Anhörungsrüge	365
11. Verfassungsbeschwerde	365
14. Kapitel. Zwangsvollstreckung und Folgen	367
I. Zwangsvollstreckung bei Titulierung des Anspruchs	367
1. Art der Zwangsvollstreckung	367
2. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	367
a) Vollstreckungstitel	367
b) Vollstreckungsklausel	368
c) Zustellung	368
d) Sicherheitsleistung	369
e) Nichterfüllung der Verpflichtung	369
f) Antrag auf Festsetzung des Zwangsmittels	370
g) Glaubhaftmachungs- oder Beweislast	371
h) Unmöglichkeit der Erfüllung	371
i) Sonderfall verantwortlicher Redakteur	371
k) Sonderfall ARD	372
l) Folgerungen für das Vorgehen im Erkenntnisverfahren	372
3. Gerichtliches Verfahren vor der Entscheidung	373
4. Gerichtliche Entscheidung und nachfolgendes Verfahren	373
II. Vollstreckungsschutz	375
1. Allgemeine Darstellung	375
2. Vollstreckungsschutz im Widerspruchsverfahren	375
3. Vollstreckungsschutz im Berufungsverfahren	376
4. Vollstreckungsschutz im Zwangsmittelverfahren	377
5. Vollstreckungsgegenklage	377
III. Einwand der sittenwidrigen Schädigung bei Titelmehrheit	378
IV. Schadensersatzanspruch gemäß § 945 ZPO	378
V. Andere Schadensersatzansprüche nach Erwirken einer unwahren Gegendarstellung	379

15. Kapitel. Ausländisches und übernationales Gegendarstellungsrecht	581
I. Gegendarstellungssysteme	381
II. Das Gegendarstellungsrecht einiger unserer Nachbarländer	382
1. Österreich	382
2. Schweiz	383
3. Frankreich	384
III. Europäisches Gegendarstellungsrecht	386
IV. Übernationales Gegendarstellungsrecht	387
 Anhang I Checkliste	 389
 Anhang II Gesamtliste Brennpunkte	 391
 Anhang III Gesamtliste Praxistipps	 393
 Anhang IV Muster	 395
1. Muster eines Veröffentlichungsverlangens	395
2. Muster einer Gegendarstellung	395
3. Muster eines Ablehnungsschreibens	396
4. Muster eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	396
5. Muster eines Beschlusses über die Anordnung der mündlichen Verhandlung	397
6. Muster eines zusprechenden Tenors	397
7. Muster eines zusprechenden Tenors (erweitert)	398
8. Muster eines zurückweisenden Tenors	399
9. Muster eines Zwangsmittelantrags	399
10. Muster eines Zwangsmittelbeschlusses	400
 Anhang V Gesetzestexte	 401
A. Reichspressegesetz v. 7.5.1874	401
B. Bund	401
B 1: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	401
B 2: Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“ (Deutsche Welle-Gesetz – DWG)	402
C. Staatsverträge	403
C 1: ARD-Staatsvertrag (ARD-StV)	403
C 2: Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts »Deutschlandradio« (Deutschlandradio-Staatsvertrag – DLR-StV)	403
C 3: Staatsvertrag betr. den Mitteldeutschen Rundfunk	404
C 4: Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien (MStV)	405
C 5: Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH)	406
C 6: Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR-StV)	406
C 7: Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg	407
C 8: Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag – RStV) ..	408
C 9: Staatsvertrag über den Südwestrundfunk	409
C 10: ZDF-Staatsvertrag (ZDF-StV)	410
D. Länderregelungen	411
Baden-Württemberg	411
D 1: Landesmediengesetz Baden-Württemberg (LMedienG)	411
D 2: (Baden-Württemberg) Gesetz über die Presse (Landespressegesetz – LPresseG) ..	412
Bayern	413
D 3: Gesetz über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Telemedien in Bayern (Bayerisches Mediengesetz – BayMG) ..	413

D 4: Bayerisches Pressegesetz (BayPrG)	414
D 5: Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) ..	414
Berlin	415
D 6: Berliner Pressegesetz	415
Brandenburg	416
D 7: Pressegesetz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Landespressegesetz – BbgPG)	416
Bremen	417
D 8: Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)	417
D 9: (Bremen) Gesetz über die Presse (Pressegesetz)	418
D 10: Radio-Bremen-Gesetz (RBG)	419
Hamburg	420
D 11: Hamburgisches Mediengesetz (HmbMedienG)	420
D 12: Hamburgisches Pressegesetz	420
Hessen	421
D 13: Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse (Hessisches Pressegesetz – HPresseG)	421
D 14: Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz – HPRG)	421
D 15: Gesetz über den Hessischen Rundfunk	422
Mecklenburg-Vorpommern	423
D 16: Landespressegesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (LPrG M-V)	423
D 17: Rundfunkgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesrundfunkgesetz – RundfG M-V)	423
Niedersachsen	424
D 18: Niedersächsisches Pressegesetz	424
D 19: Niedersächsisches Mediengesetz (NMedienG)	425
Nordrhein-Westfalen	426
D 20: Pressegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespressegesetz NRW) ...	426
D 21: Landesmediengesetz Nordrhein-Westfalen (LMG NRW)	427
D 22: Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz)	427
Rheinland-Pfalz	428
D 23: Landesmediengesetz (LMG)	428
Saarland	429
D 24: Gesetz Nr. 1490 Saarländisches Landesmediengesetz (SMG)	429
Sachsen	430
D 25: Sächsisches Gesetz über die Presse (SächsPresseG)	430
D 26: Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG)	431
Sachsen-Anhalt	432
D 27: Pressegesetz für das Land Sachsen-Anhalt (Landespressegesetz)	432
D 28: Mediengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (MedienG LSA)	433
Schleswig-Holstein	434
D 29: Gesetz über die Presse (Landespressegesetz)	434
Thüringen	435
D 30: Thüringer Pressegesetz (TPG)	435
D 31: Thüringer Landesmediengesetz (ThürLMG)	436
E. Europa	437
E 1: RICHTLINIE 2010/13/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES	437
E 2: Europäisches Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen (Europaratskonvention)	437
F. Modellentwurf für ein Landespressegesetz	438
Sachregister	439